

»Ein freier Stammesstaat der Niedersachsen«?

Die Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 über die Loslösung der Provinz Hannover vom Freistaat Preußen

von CHRISTIAN HOFFMANN

Los von Preußen! – Deutschlands Freiheit, Hannovers Recht – Ein reichsunmittelbares Niedersachsen und gar Das Morgenrot eines neuen Deutschland forderten und verhießen die einen. Vor *welfischem Starrsinn! – Welfischem Wahn* und gar vor einer *Versündigung am Vaterland* warnten die anderen. Im Frühjahr 1924 erreichte ein schon seit einigen Jahren in weiten Teilen der preußischen Provinz Hannover tobender erbitterter Meinungskampf zwischen dem preußischen Staat und der Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP) seinen Höhepunkt. Für den 18. Mai 1924 war eine Vorabstimmung angesetzt, bei der es um nichts weniger ging als um die Wiederherstellung eines eigenständigen Landes Hannover bzw. um die territoriale Integrität des Freistaats Preußen.

Zur Quellenlage

Die archivalische Überlieferungslage zum Thema, deren Entwicklung hier zumindest kurz zu skizzieren ist, erweist sich als nicht ganz einfach. Die Geschäftsstelle der DHP, in der u.a. Archiv und Registratur der Partei verwahrt wurden, befand sich in Hannover in der Rundestraße 12. Hier hatte auch die Schriftleitung des Parteiorgans, der Deutschen Volkszeitung – ab 1919 Hannoverschen Landeszeitung –, ihren Sitz. Bei den Bemühungen um Aufklärung des Schicksals der Überlieferung der DHP in den 1960er und 1970er Jahren wird immer wieder auf eine »Zeitungsausschnitts-Sammlung« rekurriert. Dabei handelte es sich nach meinen Beobachtungen wohl eher nicht – wie Dieter Lent meint – um eine von Archiv und Registratur der Partei getrennte, von der Zeitungsredaktion verwahrte Sammlung; dazu sind die Fasikel zu sehr mit Korrespondenzen der Partei durchsetzt.¹

¹ Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Hannover (im Folgenden NLA HA) Nds. 71 Acc. 110/98 Nr. 831; Dieter LENT, Vorwort zum Findbuch FA 182: Ehem. Archiv der Deutsch-Hannoverschen Partei, Typoskript Hannover 1975; stillschweigende Korrekturen dazu im Folgenden nach eigenen Beobachtungen.

Im Zug der Selbstauflösung der DHP am 30. Juni 1933 wurde ein Teil von Archiv und Registratur von Partefunktionären beiseitegeschafft, zum Teil auch vernichtet, um kein Funktionäre oder Mitglieder der Partei belastendes Material in die Hände der neuen Machthaber fallen zu lassen. Das Staatsarchiv Hannover unternahm – trotz entsprechender Autorisierung durch den Generaldirektor der Staatsarchive – keinerlei Anstrengungen, die Akten zu erwerben.² Der in der Geschäftsstelle verbliebene Teil des Parteearchivs wurde schließlich beschlagnahmt und in das Archiv des NS-Gaues Südhannover-Braunschweig überführt. Wohl erst hier entstand durch die vom Gau-Archivar Gustav Lauterbach (1900–1966) gemeinsam mit dem ehemaligen Schriftleiter der Hannoverschen Landeszeitung, Georg Friedrich Konrich (1879–1955), in den Jahren 1938/39 vorgenommenen Ordnungsarbeiten jene »Zeitungsausschnitts-Sammlung«, von der in den 1960er und 1970er Jahren die Rede ist.³

Lauterbach, der nach dem Zweiten Weltkrieg Geschäftsführer des wiedergegründeten Heimatbundes Niedersachsen e.V. geworden war, brachte die während des Krieges ausgelagerte Sammlung nach ihrer Rückführung in der Geschäftsstelle des Heimatbundes unter, wo sie unter der Bezeichnung »Archiv für Zeitgeschichte Niedersachsens« firmierte. Da sich jedoch langfristig keine Möglichkeit zur Finanzierung dieses Archivs ergab, löste Lauterbach Mitte der 1950er Jahre die Sammlung auf. Im Jahr 1955 übergab er eine beträchtliche Anzahl von DHP-Akten an den Vorsitzenden der Deutschen Partei, Heinrich Hellwege. Außerdem hatte Lauterbach etliche Akten des DHP-Bestands mit heimatgeschichtlichen bzw. heimatpflegerischen Betreffen in die Registratur des Heimatbundes übernommen. Ebenfalls 1955 verkaufte er den Rest – v.a. die Zeitungsausschnitts-Sammlung – an das Bundesarchiv in Koblenz. Damit war das Archiv der DHP zerschlagen.⁴

In den Jahren 1959 und 1963 gab das Bundesarchiv einige der 1955 von Lauterbach angekauften Akten, die nur die ehemalige Provinz Hannover betrafen, an das Staatsarchiv Hannover ab. Zwei Nachzügler sollten 2010 folgen. Der hieraus in Hannover gebildete Bestand erhielt wesentlichen Zuwachs im Jahr 1982, als die von Maximilian von Engelbrechten bei der Auflösung der Partei 1933 an sich genommenen Akten an das Hauptstaatsarchiv abgegeben wurden.

2 NLA HA Hann. 122a Nr. 1404 fol. 127.

3 NLA HA Nds. 71 Acc. 110/98 Nr. 831. Zum Gauarchiv siehe Johannes SCHWARTZ, Das NSDAP-Gauarchiv Südhannover-Braunschweig im historischen Kontext. Die Provenienzgeschichte eines Buchbestands im Stadtarchiv Hannover, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 75 (2021), S. 230–268.

4 Bundesarchiv ZSg 103: Sammlung Lauterbach; Hans PRIOP, Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preussisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Diss. phil. masch. Hamburg 1954, S. XVI.

Heinz Matthes (1897-1976), der Geschäftsführer der DHP, hatte bei der Selbstauflösung der Partei seine Handakten in eigener Verwahrung behalten. Diese Handakten waren im November 1963 von der Wissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Bundestages, der Matthes seine Unterlagen überlassen hatte, dem Staatsarchiv Hannover übergeben worden. Der Heimatbund Niedersachsen hatte Ende 1973 sein Archiv hier deponiert, und mit dem Nachlass des ehemaligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege gelangten schließlich im Jahr 2019 auch die diesem in den 1950er Jahren übergebenen Akten in die numehrige Abteilung Hannover des Niedersächsischen Landesarchivs. Damit ist die erhaltene Überlieferung der DHP heute in zwei öffentlichen Archiven (NLA-Abteilung Hannover und Bundesarchiv) zu finden.⁵

Die Überlieferung des Gegners, des preußischen Staates, ist in erster Linie in den Registraturen des Oberpräsidenten, der Regierungspräsidenten und der Landratsämter der preußischen Staatsverwaltung entstanden. Die Akten des Oberpräsidenten und die der Regierungspräsidenten in Hannover, Hildesheim und Lüneburg werden heute in der Abteilung Hannover des Niedersächsischen Landesarchivs verwahrt, die der Regierungspräsidenten in Aurich, Osnabrück und Stade in der jeweiligen dortigen NLA-Abteilung.⁶ Bei den Registraturen der staatlichen Landratsämter hängt die Überlieferungsbildung stark davon ab, ob die nach dem Zweiten Weltkrieg vollkommunalisierten Kreisverwaltungen den staatlichen Charakter der vor 1945 entstandenen Landratsakten anerkannten oder ob sie diese als für ihre Verwaltungszwecke unentbehrliche Vorakten ansahen.⁷

Während die NLA-Abteilungen Aurich und Osnabrück in ihren Sprengeln die landrätliche Überlieferung weitestgehend übernehmen konnten, sind in den NLA-Abteilungen Hannover (Alfeld, Goslar, Linden, Lüchow-Dannenberg,

5 NLA HA Hann. 310 III (Deutsch-Hannoversche Partei); ebd. Hann. 91 Matthes (Nachlass Heinz Matthes); ebd. V.V.P. 17 (Heimatbund Niedersachsen); ebd. V.V.P. 114 (Nachlass Heinrich Hellwege). Vgl. Ernst PIRZ (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs Hannover, Bd. 2, Göttingen 1968, S. 168 und S. 262.

6 PIRZ, Übersicht 2, wie Anm. 5, S. 229-238; Manfred HAMANN u.a. (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover, Bd. 3; Mittel- und Unterbehörden in den Landdrostei- bzw. Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim und Lüneburg bis 1945, Teil 1, Hannover 1983, S. 146-168; Walter DEETERS (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs in Aurich, Göttingen 1999, S. 25-28; Theodor PENNERS u.a. (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs in Osnabrück, Göttingen 1978, S. 114-117 und S. 119-123; Erich WEISE, Geschichte des Niedersächsischen Staatsarchivs in Stade nebst Übersicht seiner Bestände, Göttingen 1964, S. 270-283.

7 Christian HOFFMANN, Die Entwicklung der »Archivlandschaft Niedersachsen«. Staatliches, kommunales und kirchliches Archivwesen in Niedersachsen seit dem 19. Jahrhundert, in: Claudia KAUERTZ (Red.), Archivlandschaft Rheinland. 49. Rheinischer Archivtag 18.-19. Juni 2015 in Pulheim-Brauweiler, Beiträge, Bonn 2016, S. 26-47, hier S. 38-41.

Neustadt/Rbge., Zellerfeld) und Stade (Blumenthal, Jork, Kehdingen, Osterholz, Stade) nur wenige Landratsämter zumindest schwerpunktmäßig überliefert. Ansonsten findet sich die entsprechende Überlieferung der staatlichen Landratsämter heute weitgehend – sofern die Unterlagen nicht als Kriegsverluste angesehen werden müssen (Landratsamt Hannover, Landratsamt Osnabrück) oder durch Unachtsamkeit in Verlust geraten sind (Landratsamt Burgdorf) – im zuständigen Kreisarchiv.⁸ Einen – leider unvollständigen – Überblick über die in den Abteilungen des Niedersächsischen Landesarchivs vorhandenen Quellen zur DHP in der Weimarer Republik und zur Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 bieten die zwischen 1984 und 2004 von der Niedersächsischen Archivverwaltung herausgegebenen »Kriseninventare«.⁹ Weiter sind im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin im Bestand des Preußischen Innenministeriums einige Faszikel betr. die Vorabstimmung überliefert. Stadt-, Gemeinde- und Parteiarchive sowie Sammlungen und private Nachlässe bieten weitere ergänzende Materialien.¹⁰

Zum Forschungsstand

Die Zahl der wissenschaftlichen Studien, welche sich mit der im Jahr 1924 von der DHP beantragten Vorabstimmung beschäftigen, ist durchaus überschaubar. Hans Prilop promovierte im Jahr 1954 in Hamburg mit einer umfangreichen,

⁸ HAMANN, Übersicht, wie Anm. 6, S. 431-473; DEETERS, Übersicht, wie Anm. 6, S. 30-46; PENNERS, Übersicht, wie Anm. 6, S. 163-172; WEISE, Geschichte, wie Anm. 6, S. 304-307.

⁹ Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen – Ein analytisches Inventar, Bd. 4: Die preußische Provinz Hannover. Teil 1: Sabine MEYER-RAHE u.a. (Bearb.), Akten des Oberpräsidenten, der Provinzialselbstverwaltung und des Heimatbundes Niedersachsen, Göttingen 1997 (v.a. S. 47-53 und S. 99-105). Teil 2: Ute HEINRICH (Bearb.), Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade, Göttingen 1988 (u.a. S. 157f., S. 190-192 und S. 205). Teil 3: Ursula ALBERTS u.a. (Bearb.), Akten staatlicher und kommunaler Dienststellen sowie privater Herkunft im Regierungsbezirk Osnabrück, Göttingen 1991 (u.a. S. 2-10, S. 58f. und S. 89f.). Teil 5: Sabine MEYER-RAHE u.a. (Bearb.), Akten staatlicher und kommunaler Dienststellen sowie privater Herkunft in den Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim und Lüneburg 2004 (v.a. S. 127-130 und S. 192-202).

¹⁰ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin I. HA Rep. 77 Tit. 253a Nr. 45 Hannover: 3 Faszikel u.a. betr. die technische Durchführung der Vorabstimmung sowie 3 Faszikel Sammlung von Pressestimmen; ebd. I. HA Rep. 77 Tit. 253a Nr. 46 Beikarte 4 C Beiheft: u.a. statistische Bearbeitung der Vorabstimmung 1926. Vgl. exemplarisch Stadtarchiv Hannover (im Folgenden StadtA H) 4.SGS.01 Nr. 661 und Nr. 1132; NLA HA Kleine Erwerbungen Acc. 2016/47: Handakten des DHP-Reichstagsabgeordneten Karl Frhr. von der Wense zu Bargfeld.

ungedruckt gebliebenen Dissertation über die Vorabstimmung von 1924 und ihre Vorgesichte. Auf Grund der nach Kriegszerstörung, Auslagerung und Leinehochwasser von 1946 noch nicht wieder vollständig benutzbaren Bestände des Staatsarchivs Hannover stützte Priop sich vorwiegend auf Akten des »Archivs für Zeitgeschichte Niedersachsens«.¹¹ 1976 beschäftigte sich Elke Haase in ihrer bei Hans Patze in Göttingen entstandenen Staatsexamensarbeit mit der Geschichte der DHP in der Zeit von 1890 bis 1933.¹² Klaus Neumann stellte in seiner 1988 erschienenen Studie über »Politischen Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland« die Vorabstimmung von 1924 in ihren zeitgenössischen Kontext.¹³ Im gleichen Jahr betrachtete Hans-Georg Aschoff die Deutsch-hannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung.¹⁴ In seiner Dissertation über den hannoverschen Oberpräsidenten Gustav Noske aus dem Jahr 1982 beschreibt Günther Bode ausführlich die Auseinandersetzung um die Wiederherstellung eines selbständigen Landes Hannover, allerdings mit eindeutig mangelhafter Quellenkritik. Bode schildert die Ereignisse sehr einseitig aus der Sicht seines Protagonisten und der anderen Abstimmungsgegner. Von Abstimmungsgegnern vorgebrachte Vorwürfe gegen die Agitation der DHP (»teilweise regelrechte Hetze«) werden ungeprüft übernommen, offensichtliche Übergriffigkeiten des Oberpräsidenten hingegen verharmlost.¹⁵

Die Deutsch-Hannoversche Partei bis zum Ende des Kaiserreichs

Die Deutsch-Hannoversche Partei bzw. – wie sie zunächst hieß – der Deutsch-Hannoversche Wahlverein war 1869 von konservativ-föderalistischen Kreisen gegründet worden mit dem Ziel, die drei Jahre zuvor erfolgte preußische Annexion des Königreichs Hannover zu revidieren und eine Restitution des abgesetzten Königshauses zu erreichen. Die Partei fand Zuspruch v. a. beim Adel, bei den Bauern und in der städtischen Mittelschicht des ehemaligen Königreichs, insbesondere im Nordosten und Osten der nunmehrigen preußischen Provinz.

¹¹ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4.

¹² Elke HAASE, Studien zur Geschichte der DHP (Deutsch-Hannoversche Partei) 1918-1933, Typoskript o. O. 1976.

¹³ Klaus NEUMANN, Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland, Münster 1988, v. a. S. 276-373.

¹⁴ Hans-Georg ASCHOFF, Die Deutschhannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung (1918-1933), in: Stader Jahrbuch NF 78 (1988), S. 61-87.

¹⁵ Günther BODE, Gustav Noske als Oberpräsident der Provinz Hannover 1920-1933, 2 Bde., Karlsruhe 1982, hier 1 S. 360-424. Vgl. etwa ebd. 1 S. 388-391.

Reichsweit gesehen handelte es sich bei der DHP um eine ausgesprochene Splitterpartei, deren Stimmanteile bei Reichstags- und Landtagswahlen regelmäßig nur gut ein bis zwei Prozent der Stimmen ausmachten. In der Provinz Hannover aber gelang es ihr zeitweise, bis zu 40 Prozent der Stimmen – und damit bis zu elf Sitze im Reichstag – zu gewinnen. Bemerkenswerterweise übertraf regelmäßig die bei den Reichstagswahlen errungene Mandatszahl die Zahl der bei preußischen Landtagswahlen gewonnenen Mandate. Im kaiserlichen Reichstag war die Partei mit bis zu elf, im Preußischen Landtag hingegen nur mit bis zu drei Abgeordneten vertreten. Ob dies mit den unterschiedlichen Wahlrechten zusammenhing – im Gegensatz zum Reichstag wurde der preußische Landtag gemäß dem nach Steuerleistung gestaffelten Drei-Klassen-Wahlrecht gewählt –, wäre noch zu untersuchen. Jedenfalls verweigerte sich die DHP bis in die 1880er Jahre hinein grundsätzlich der Kandidatur für den Preußischen Landtag. Die gemeinsame Opposition gegen den vom Reichskanzler Otto von Bismarck dominierten preußisch-kleindeutschen Staat führte insbesondere in den ersten Jahrzehnten des Kaiserreichs zur engen politischen Zusammenarbeit der protestantisch geprägten Welfenpartei mit dem katholischen Zentrum. Allgemein hingen die Wahlergebnisse der DHP stark davon ab, ob außen- oder innenpolitische Themen den jeweiligen Wahlkampf bestimmten.¹⁶

Mit der Entlassung von Bismarcks im Jahr 1890 entfiel das personifizierte Feindbild, auf welches sich der Großteil der agitatorischen Arbeit der DHP fokussiert hatte. Auch hatte in dem Vierteljahrhundert, welches mittlerweile seit der Annexion verstrichen war, das mittelstaatlich-dynastische Bewusstsein ab-, die Bereitschaft zum Sich-Arrangieren mit den gegebenen Verhältnissen aber zugenommen. Zudem machte sich der wirtschaftliche Strukturwandel bemerkbar: Prozesse wie v. a. die Industrialisierung zeigten nach gewisser Zeit, dass nicht alles, was mit den Preußen gekommen war, schlecht sein musste.

16 Werner LEFFLER, Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung 1866–1870, Diss. phil. Rostock, Wismar 1932; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 103–204; Hans-Georg ASCHOFF, Die welfische Bewegung und die Deutsch-hannoversche Partei zwischen 1866 und 1914, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 53 (1981), S. 41–64; ders., Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreichs, Düsseldorf 1987; Torsten RIOTTE, Seiner Majestät allergetreueste Opposition. Welfische Bewegung und politische Sprache in Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 82 (2010), S. 411–438; ders., Der Monarch im Exil. Eine andere Geschichte von Staatswerdung und Legitimismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 2018, v. a. S. 215–217; Rainer HERING, »Preußen soll vor welfischen Umtrieben geschützt werden«. Das Bild der Welfen und der Deutsch-Hannoverschen Partei im extremen Nationalismus im Kaiserreich, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Niedersächsische Kirchengeschichte 117 (2019), S. 243–262.

Zudem war am linken Rand des Parteienspektrums mit der Sozialdemokratie eine zunehmend stärker werdende Kraft herangewachsen, die sich um sozial-politische Fragen der Industriegesellschaft kümmerte – dies war nun nicht gerade eine Stärke der Deutsch-Hannoveraner.¹⁷

Einen schweren Schlag versetzte den Ambitionen der DHP dann die sich seit 1912 anbahnende Aussöhnung der hannoverschen Welfen mit den preußischen Hohenzollern. Diese gipfelte 1913 in der Eheschließung zwischen Ernst August, dem Sohn des letzten hannoverschen Kronprinzen, und Viktoria Luise, der Tochter Kaiser Wilhelms II., und in der Aufhebung der Bundesratsbeschlüsse von 1885 und 1907, durch die Preußen seit 29 Jahren die Nachfolge der hannoverschen Linie des Welfenhauses im Herzogtum Braunschweig nach dem Aussterben der dortigen Linie unterbunden hatte. Die DHP stand nun vor der nur schwer aufzulösenden Situation, dass das Herrscherhaus, welches man restituieren wollte, seine Thronansprüche zwar offiziell nicht aufgegeben hatte, dieses Ziel aber augenscheinlich nicht mehr aktiv verfolgen würde. Die unmittelbare Reaktion der Partei war durchaus trotzig, wenn ihre Vertrauensmänner bekanntgaben, man werde *nach wie vor in niedersächsischer Zähigkeit und in stets anhaltendem Vertrauen den Kampf für die unverjährlichen Rechte des Hauses Braunschweig-Lüneburg und des hannoverschen Volkes fortführen*. Das »Unrecht von 1866« war nach Ansicht der DHP mit dem Regierungsantritt Ernst Augusts in Braunschweig keineswegs gesühnt. Der »Burgfrieden« vom August 1914 führte dann dazu, dass die DHP ihre Agitation für die Dauer des Krieges einstellte, dadurch wurde die Partei aber auch einer Antwort auf die Frage, wer eine wiederhergestellte hannoversche Königskrone denn tragen sollte, vorerst entledigt.¹⁸

Der Artikel 18 der Weimarer Reichsverfassung

Die Lage änderte sich grundsätzlich mit der Revolution von 1918, die landauf, landab die deutschen Königs- und Fürstenthrone hinwegfegte und insbesondere dem Kaiser- und Königtum des verhassten Hohenzollernhauses ein Ende bereitete. Unter dem Eindruck der veränderten politischen Verhältnisse

¹⁷ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 197f.; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 14, S. 63.

¹⁸ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 156-159 und S. 198f.; ASCHOFF, Welfische Bewegung, wie Anm. 16, S. 63f.; HAASE, Studien, wie Anm. 12, S. 47f.; Klaus Erich POLLMANN, Das Herzogtum im Kaiserreich (1871-1914), in: Horst-Rüdiger JARCK/Gerhard SCHILDT (Hrsg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, Braunschweig 2000, S. 821-854, hier S. 823-830.

witterte die DHP Morgenluft. Noch im November und Dezember 1918 erfolgten Aufrufe zur Schaffung eines freien Hannover, die allerdings vage blieben. Dennoch mahnte das preußische Innenministerium schon am 8. Februar 1919 den hannoverschen Oberpräsidenten, man solle die Bevölkerung der Provinz auf die Nachteile einer Eigenständigkeit Hannovers hinweisen.¹⁹

Im Entwurf ihres Parteiprogramms vom August 1919 legte die DHP dar, dass ihr Anliegen, das Reichsgebiet neu zu gliedern, keine regionale, sondern eine nationale Aufgabe sei. *Die freiwillige Unterordnung aller gleichberechtigten Stämme unter eine starke Reichsgewalt fördert ihre Entfaltung und macht sie der gemeinsamen Sache freudig nutzbar*, während die erzwungene Unterordnung vieler Stämme unter die Herrschaft eines Gewaltstaates ihre Kräfte lähme. Preußen hingegen mit seiner übermächtigen Vormachtstellung sei für die separatistischen Tendenzen im Westen und Süden des Reiches verantwortlich.²⁰

Einen Weg, den man beschreiten konnte, um dieses Ziel zu erreichen, eröffnete dann die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919. Artikel 18 der Verfassung besagte, dass die Gliederung des Reichs in Länder *unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen* sollte, wobei *die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs [...] durch verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen* sollten. Wenn verschiedene Länder sich zusammenschließen wollten, so konnte dies durch ein einfaches Reichsgesetz umgesetzt werden. Dies sollte etwa 1920 bei der Vereinigung der sächsischen Kleinstaaten zum Freistaat Thüringen der Fall sein. *Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt*. Dieser Satz eröffnete der DHP die Möglichkeit, eine Loslösung Hannovers von Preußen über eine Volksabstimmung zu erreichen.²¹

Die Hürden allerdings, die die Verfassung dabei aufrichtete, waren hoch: Es sei zunächst in einer Vorabstimmung festzustellen, ob eine Volksabstimmung überhaupt stattfinden sollte. Wenn ein Drittel der wahlberechtigten Einwohner eines abzutrennenden Gebiets dies verlange, sei von der Reichsregierung eine Abstimmung darüber anzuordnen. Bei der eigentlichen Abstimmung müssten dann drei Fünftel der abstimmungsberechtigten Personen, mindestens aber die

¹⁹ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 189; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 283 und S. 408 Anm. 1 zu S. 283; HAASE, Studien, wie Anm. 12, S. 78; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 207.

²⁰ NLA HA V.V.P. 114 Acc. 2019/65 Nr. 131.

²¹ Reichsgesetzblatt 1919 I S. 1383-1418, hier S. 1387.

Mehrheit der Wahlberechtigten für eine Änderung stimmen.²² D.h. in reinen Zahlen: Ein Antrag musste erst 33 Prozent Zustimmung finden, um überhaupt zur Abstimmung zugelassen zu werden, dann bedurfte es einer Mehrheit von 60 Prozent Ja-Stimmen, um das eigentliche Ziel – in unserem Fall die Bildung eines eigenständigen Landes Hannover – zu erreichen.²³

Der Weg zur Vorabstimmung in den Krisenzeiten der frühen Weimarer Republik

An die Stelle »Hannovers« trat in der Agitation bald »Niedersachsen«. Die Parteiführung der DHP gab am 18. Dezember 1920 als politisches Ziel vor, *ein durch Volksabstimmung selbständiges Hannover soll[e] unter freiwilligem Anschluss der stammesverwandten Nachbargebiete zu einem großen reichsunmittelbaren Niedersachsen führen*. Diese programmatiche Entwicklung eröffnete die Möglichkeit, über die Grenzen des ehemaligen Königreichs hinauszudenken, stellte letztlich aber den Versuch eines Kompromisses zwischen dem monarchistischen Flügel und dem republikanischen Flügel der Partei dar. In den Nachbargebieten, v.a. in den Freistaaten Oldenburg und Braunschweig, dürfte sich die Begeisterung über diese Aussicht in Grenzen gehalten haben.²⁴ Die Neuausrichtung war allerdings auch partiintern umstritten und hatte für die DHP zunächst bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 zum Teil überproportional hohe Stimmenverluste gerade in ihren Hochburgen im Regierungsbezirk Lüneburg zur Folge.²⁵

Die Bestrebungen der DHP fielen in eine Zeit der größten politischen Unsicherheit. In den Anfangsjahren der Republik erschütterten immer wieder kommunistische Aufstände – von der Spartakus-Erhebung Anfang 1919 in Berlin bis zum Hamburger Aufstand im Oktober 1923 – zumindest einzelne Regionen

²² Reichsgesetzblatt 1919 I S. 1383-1418, hier S. 1387; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 114-153 und S. 281.

²³ Vgl. NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 114-134.

²⁴ NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 370; Wolfgang GÜNTHER, Freistaat und Land Oldenburg (1918-1946), in: Albrecht ECKHARDT/Heinrich SCHMIDT (Hrsg.), Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 403-489, hier S. 427f. (ohne die hannoverschen Ambitionen explizit zu erwähnen); Bernd ROTHER, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919-1933), in: JARCK/SCHILD (Hrsg.), Braunschweigische Landesgeschichte, wie Anm. 18, S. 945-980, hier S. 948f. Vgl. Abb. 1.

²⁵ PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 267f.; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 321; Gerd STEINWASCHER, Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 19-197, hier S. 67f.



Abb. 1: »Die alten Hannoverschen Lande«, Postkarte (1924).

NLA HA Hann. 310 III Nr. 94 fol. 5

des Reiches. Gleichzeitig inszenierten konservative und rechtsextreme Kräfte im März 1920 den Kapp-Putsch sowie im November 1923 den – immerhin auf München beschränkten – Hitler-Ludendorff-Putsch. Die durch den Versailler Vertrag vorgeschriebenen Volksabstimmungen in Schleswig (Februar/März 1920), Ostpreußen (Juli 1920) und Oberschlesien (März 1921) sorgten – da die Volkstumsgrenzen nicht eindeutig waren und deshalb unweigerlich neue nationale Minderheiten entstehen mussten – für große Unruhe.²⁶ Einher damit gingen separatistische Bestrebungen im preußischen Rheinland und in der bayerischen Pfalz, bei denen in der Schwebe blieb, ob das Ziel die Loslösung vom betreffenden Freistaat oder gar vom Reich war. Die Ruhrbesetzung im Januar 1923 durch französische und belgische Truppen wegen der Nichterfüllung von Reparationsleistungen heizte die politische Stimmung noch einmal besonders auf. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen der Deutsch-Hannoverschen Partei um die Wiederherstellung eines eigenständigen Landes Hannover zu betrachten.²⁷

Putschvorwürfe wurden auch gegen die DHP laut. Während des Kapp-Putsches wollten Anhänger der Partei allem Anschein nach die auch in Hannover unsichere Lage nutzen, um einen Freistaat Hannover oder gar ein Königreich Hannover zu proklamieren. DHP-Generalsekretär Otto von Berger schlug den Vertretern von MSPD, USPD, Zentrum und Deutscher Staatspartei vor, gemeinsam mit der DHP die Regierungsgeschäfte in der Provinz zu übernehmen, um das durch das Ausweichen der Reichsregierung nach Stuttgart entstandene Machtvakuum zu füllen. Die Wiederherstellung der hannoverschen Eigenständigkeit soll dabei thematisiert, vom Oberbürgermeister Robert Leinert aber verworfen worden sein. Letztlich ließ sich die von Leinert geführte SPD in Hannover nicht auf eine entsprechende Zusammenarbeit mit der DHP ein, und als das im Leineschloss stationierte Zeitfreiwilligenbataillon, eine von der DHP ins Leben gerufene Bürgerwehr, sich am 15./16. März widerstandslos von regulären Truppen entwaffnen ließ, war der Spuk vorbei.

26 Rainer HERING/Hans SCHULTZ-HANSEN (Hrsg.), *Die Folgen der Teilung Schleswigs 1920*, Hamburg 2022; Oliver SCHMITT/Reinhard STAUBER (Hrsg.), *Frieden durch Volksabstimmungen? Selbstbestimmungsrecht und Gebietsreferenden nach dem Ersten Weltkrieg*, Wien 2022; David SKRABANIA/Sebastian ROSENBAUM (Hrsg.), *Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921. Nationale Selbstbestimmung oder geopolitisches Machtspiel?*, Paderborn 2023; Gilbert-Hanno GORNIG/Peter HILPOLD (Hrsg.), *Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit. Unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg*, Berlin 2024.

27 Mark JONES, 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022; Peter LONGERICH, Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien/Graz 2022; Peter REICHEL, Rettung der Republik? Deutschland im Krisenjahr 1923, München 2022; Volker ULLRICH, Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022.

In der Forschungsliteratur ist umstritten, ob hier wirklich von einem »Putschversuch« der Welfen gesprochen werden kann; immerhin wollte die DHP ihr Ziel ja im Einvernehmen mit den regierenden Parteien erreichen. Die zunächst von Neumann, dann auch von Berlit-Schwigon ermittelten archivalischen Quellen lassen aber wohl keinen Zweifel daran, dass es sich um ein ernstes Umsturzbemühen – und nicht um ein später vom SPD-nahen Teil der Presse gezeichnetes Schreckgespenst – gehandelt hat. Unklar ist allerdings nach wie vor, inwieweit dies von der Führung der DHP so geplant gewesen ist. In der Folge konnte die DHP den Vorfall zwar etwas herunterspielen; den politischen Gegnern blieb aber dennoch reichlich Stoff, um vor der von den Welfen ausgehenden Gefahr zu warnen.²⁸

Der verfassungsmäßig vorgeschriebene Weg der DHP zur Volksabstimmung war beschwerlich. Zunächst galt für den Artikel 18 der Reichsverfassung eine zweijährige Sperrfrist, die eigentlich am 14. August 1921 ablief, aber noch einmal um ein Jahr verlängert wurde. Nach ebenso langwierigen wie zähen Verhandlungen im Reichstag wurde endlich am 10. Juli 1922 das entsprechende Ausführungsgesetz erlassen und damit die Voraussetzung geschaffen, auf Grund dieses Artikels ein verfassungskonformes Loslösungsverfahren auf den Weg zu bringen.²⁹ Die Landesversammlung der DHP hatte sich schon zuvor am 28. Mai 1922 darauf geeinigt, die Abstimmung im Herbst des Jahres durchführen lassen zu wollen, dieser Plan war jedoch zunächst wieder verworfen worden. Weitere Monate intensiver parteiinterner Diskussionen verstrichen, ehe endlich am 12. November 1922 die Generalversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei die sofortige Einreichung des Antrags auf eine Abstimmung zum Zweck der Trennung Hannovers von Preußen beschloss.³⁰

Die allgemeine Reaktion der Presse war einhellig negativ und fiel nur in ihrer Intensität unterschiedlich aus. *Einen ungeeigneteren Augenblick zur Lösung der Verfassungsfrage als den gegenwärtigen* – so war in der Alfred Hugenbergs

²⁸ Klaus MLYNEK, Art. »Welfenputsch«, in: ders./Waldemar R. RÖHRBEIN (Hrsg.), *Stadtlexikon Hannover. Von den Anfängen bis in die Gegenwart*, Hannover 2009, S. 667f.; H. EWERT, Der Putsch, der keiner war. Das Leineschloß – eine »Welfenepisode«, in: *Alltag zwischen Hindenburg und Haarmann. Ein anderer Stadtführer durch das Hannover der 1920er Jahre*, Hamburg 1987, S. 89–91; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 309–316; Anna BERLIT-SCHWIGON, Robert Leinert. Ein Leben für die Demokratie. Sozialdemokratische Politik in der Weimarer Republik, Hannover 2012, S. 90–121, die allerdings Neumanns Studie nicht kennt.

²⁹ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190: Deutsche Zeitung von 13. November 1922; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 244–248; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 281; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 14, S. 66–68.

³⁰ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190; ebd. V.V.P. 17 Nr. 191; ebd. V.V.P. 17 Nr. 196; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 336.

gehörenden Zeitung »Der Tag« vom 14. November 1922 zu lesen – *konnte sich die deutsch-hannoversche Partei nicht aussuchen*. Die Bottroper Volkszeitung vom 14. November 1922 meinte: *Die Franzosen werden sich königlich freuen und nannte den Antrag ein furchtbare Verbrechen am deutschen Volke*. Der »Hamburger Correspondent« vom 21. November 1922 und mehrere andere Zeitungen sprachen von einer *Kriegserklärung der Welfen*.³¹

Ungeachtet der gegnerischen Kritik überreichten am 7. Dezember 1922 die beiden deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten Ludwig Alpers und Georg Ernst Graf von Bernstorff dem Reichsinnenminister den auf den Vortag datierten Antrag, gemäß § 8 des Gesetzes über die Ausführung von Art. 18 der Reichsverfassung in den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade eine Vorabstimmung zur Abstimmung über die Frage durchzuführen, ob diese beiden Regierungsbezirke aus dem Freistaat Preußen ausscheiden und ein neues Land bilden sollen.³² Der Reichsinnenminister wies den Antrag umgehend wegen enthaltener Formfehler zurück: Die Grenzen des projektierten neuen Landes seien nicht konkret beschrieben, einige tausend Unterschriften nicht eigenhändig gezeichnet.³³

Der Parteivorstand der DHP machte sich umgehend an die Überarbeitung und stellte am 18. Dezember 1922 durch Alpers und von Bernstorff den erneuten Antrag, in den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade eine Vorabstimmung über die zuvor genannte Frage durchzuführen. Das Kalkül der DHP war, dass eine deutliche Mehrheit in ihren Hochburgen den nötigen Schub für daran anschließende Abstimmungen in den anderen hannoverschen Regierungsbezirken erzeugen würde.³⁴ Dies befürchtete auch die Konkurrenz, und so beantragten die beiden hannoverschen Senatoren Christian Schrader (SPD) und Max Wallbrecht (DVP) beim Reichsinnenminister die Zulassung einer Abstimmung über die gleiche Frage in der ganzen Provinz, um die welfischen Pläne zu durchkreuzen. Angesichts des schlechten Abschneidens der DHP im Regierungsbezirk Aurich bei den letzten Wahlen spekulierten die beiden Kommunalpolitiker darauf, dass ein schwaches Abschneiden in Ostfriesland das Gesamtergebnis in der Provinz zuungunsten der Loslösungs befürworter beeinflussen würde.³⁵

31 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190.

32 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190: Hannoversche Landeszeitung vom 10. Dezember 1922.

33 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190: Niederdeutsche Zeitung vom 19. Dezember 1922.

34 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190: Hannoversche Landeszeitung vom 16./17. Dezember 1922.

35 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 204; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 353 f.

Die Ruhrbesetzung am 11. Januar 1923 bewegte dann das Direktorium der DHP am 19. Januar 1923 dazu, den Antrag zurückzuziehen: *Die Not des Vaterlandes veranlaßt uns* – so wurde in der Hannoverschen Landeszeitung bekanntgemacht –, den Reichsminister des Innern zu ersuchen, *von der Festsitzung des Termins der Vorabstimmung im gegenwärtigen Augenblick Abstand zu nehmen*. Daraufhin zogen auch Schrader und Wallbrecht ihren Antrag zurück. Die ganze Situation des Jahres 1923 mit Ruhrbesetzung und Hyperinflation ließ es geraten sein, die Frage der Unabhängigkeit Hannovers von Preußen vorerst ruhen zu lassen.³⁶

Am 21. Dezember 1923 aber reichten die Vertrauensmänner der DHP – Hofkammerrat Herbert Meyer als Generalsekretär für die Abstimmung und Justizrat Carl Wilhelm Rathgen – beim Reichsinnenminister den Antrag ein, eine Vorabstimmung zur Abstimmung über die Frage, ob die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus dem Freistaat Preußen ausscheiden solle, durchzuführen. Damit waren nun die Würfel gefallen. Am 6. Februar 1924 setzte die Reichsregierung die beantragte Vorabstimmung 14 Tage nach der bevorstehenden Reichstagswahl an – die zu diesem Zeitpunkt freilich noch gar nicht terminiert war. Es war der DHP nicht gelungen, einen nicht im Umfeld einer Wahl liegenden Abstimmungstermin durchzusetzen, so dass vorhersehbarerweise auch andere politische Themen in die Debatte einfließen würden. Der Freistaat Preußen hatte zwar die Abstimmung nicht verhindern, aber einen Termin dafür erst nach der Reichstagswahl durchsetzen können. Als die Reichstagswahl dann auf den 4. Mai angesetzt wurde, stand damit gleichzeitig der 18. Mai als Tag der Vorabstimmung fest.³⁷

Maßnahmen des preußischen Staates

Hatten die Vertreter der DHP auf einen einigermaßen sachlichen Verlauf der Agitationskampagne gehofft, so sahen sie sich getäuscht; dies musste allein schon an der Haltung des höchsten Repräsentanten des preußischen Staates in der Provinz Hannover scheitern. Der umstrittene, über den Kapp-Putsch gestolperte Reichsminister für Verteidigung Gustav Noske (1868–1946) war im Sommer 1920 vom preußischen Innenminister Carl Severing eigenmäch-

³⁶ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190; ebd. V.V.P. 17 Nr. 192. BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 378f. übernimmt ungeprüft den nicht belegten Vorwurf, die DHP habe die Ruhrhilfaktionen nur in geringem Umfang unterstützt und die »Ruhrspende« zur Werbung für ihren Abstimmungsfonds genutzt.

³⁷ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 341 und S. 364f.

tig ins Amt des Oberpräsidenten der Provinz Hannover gehievt worden, weil die SPD nach Severings Ansicht an Noske etwas gutzumachen gehabt habe. Noske hatte 1918/19 die in der Rückschau fatale Entscheidung getroffen, mit dem kaiserlichen Offizierskorps gemeinsame Sache zu machen, weil er in Linksaufständischen die größere Gefahr für den Staat sah. Nun war ihm als Oberpräsident jedes Mittel recht, um die Abspaltung Hannovers von Preußen zu verhindern.³⁸

Der preußische Staat hatte nach Noskes Ansicht als »angegriffene« Partei unbedingt das Recht, in der öffentlichen Agitation den Abstimmungsbefürwortern entgegenzutreten, und aus diesem Grund war es nach Noskes Verständnis auch nicht verwerflich, den preußischen Verwaltungsapparat und dessen Personal bei der Verbreitung der publizistischen Gegenpropaganda in Form von Flugblättern, Plakaten und Flugschriften einzuspannen.³⁹ Der Preuße Noske hat – wie Priop anführt – die »Beweggründe der welfischen Bewegung [...] wahrscheinlich nicht gekannt«; sie dürften den Verfechter des Einheitsstaats auch nicht interessiert haben.⁴⁰ »Die Kompromißlosigkeit« – so Klaus Neumann –, mit der Noske »als Reichswehrminister allen kommunistischen Bestrebungen entgegengetreten war, setzte sich mit verändertem Feindbild im Amt des Oberpräsidenten fort.« Er erwies sich »als unfähig für eine flexiblere, auf Zwischentöne abgestellte, differenzierte Form der Bekämpfung der DHP«.⁴¹

Die Grenzen seiner Kompetenzen definitiv überschreitend, umging Noske den preußischen Justizminister Hugo Am Zehnhoff (Zentrum) und forderte den Oberlandesgerichtspräsidenten Otto Meyer (1867–1951) in Celle – freilich einen Bruder im Geiste – unmittelbar auf, seinen Landgerichten und Amtsgerichten aufzutragen, bei den örtlichen Landratsämtern antiwelfisches Propagandamaterial anzufordern und in den Gerichtssälen auszuhängen. Der Landgerichtspräsident August Canenbley (geb. 1868) in Verden und der Amtsgerichtsrat Karl Rühmkorf (1866–1938) in Elze lehnten dies ab, da sie die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet sahen – ihrer Ansicht nach hatten die Organe der Rechtsprechung in dieser Frage Neutralität zu wahren. Beide wurden mit dem Argument abgebügelt, der preußische Staat als Hausherr dürfe in den

³⁸ Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 261–266; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15; Wolfram WETTE, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987; zur Vorabstimmung ebd., S. 727–729.

³⁹ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 199; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 321; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 359.

⁴⁰ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 286.

⁴¹ NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 352 f.

Gerichtsgebäuden des Landes sein Hausrecht geltend machen und dementsprechend die Aushängung des Propagandamaterials anordnen.⁴²

Oberlandesgerichtspräsident Meyer ließ den Verdener Landgerichtspräsidenten wissen, es sei das *gute Recht* des preußischen Staates, *sich zu wehren*. Nach Art. 18 der Reichsverfassung sei es

außer Zweifel[], daß der betroffene Staat im Rahmen seiner Betätigungs möglichkeiten alles tun darf, um zu verhindern, daß es zu einer Abstimmung kommt, daß die Abstimmung für seinen Bestand bedrohlich ist und daß eine ihm ungünstige Abstimmung die verfassungsmäßige Mehrheit im Reichstag findet. [...] Bei diesen Wahlen ist der Staat gewissermaßen in der Notwehr und nicht er, sondern der Angreifer ist Schuld, wenn die Machtmittel des Staates zu Zwecken gebraucht werden müssen, die dem Angreifer unerwünscht sind.

Konsequenzen hatte diese Haltung für Canenbley und Rühmkorf nach Ausweis ihrer Personalakten offenbar nicht; beide blieben unbehelligt in ihren Positionen und gingen nach Erreichen der Altersgrenze 1933 bzw. 1931 in den Ruhestand. Dies könnte durchaus als Hinweis dienen, dass die nach der Vorabstimmung seitens der DHP erhobene Beschwerde, Beamte seien verfassungswidrig unter Druck gesetzt worden, zumindest zu relativieren sein könnte.⁴³

Die Haltung der anderen Parteien

Die DHP war sich grundsätzlich darüber im Klaren, dass ihre politische Potenz alleine noch nicht einmal für eine erfolgreiche Vorabstimmung ausreichen würde. Entscheidend und unerlässlich für den Erfolg des ganzen Vorhabens war also die Unterstützung durch Anhänger anderer Parteien.⁴⁴ Unbegründet

⁴² NLA HA Hann. 173 Acc. 30/87 Nr. 1061: Oberpräsident Noske an den Oberlandesgerichtspräsidenten Meyer vom 26. April 1924; Amtsgerichtsrat Rühmkorf in Elze an den Landgerichtspräsidenten Hildesheim vom 30. April 1924 und Landgerichtspräsident Canenbley in Verden an den Oberlandesgerichtspräsidenten Meyer vom selben Tag. BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 394, ohne freilich die einschlägigen Akten zu kennen und deshalb falsche Zusammenhänge konstruierend. Am Zehnhoff gab am 27. Juni 1924 im preußischen Landtag zu Protokoll, die Plakate seien ihm erst nachträglich bekanntgeworden. BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 412.

⁴³ NLA HA Hann. 173 Acc. 30/87 Nr. 1061: Oberlandesgerichtspräsident Meyer an den Landgerichtspräsidenten Canenbley vom 2. Mai 1924; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 322. Zu Canenbley siehe NLA HA Hann. 173 Acc. 31/87 Nr. 13/1 bis Nr. 13/4; zu Rühmkorf ebd. Hann. 173 Acc. 63/80 Nr. 20/1 bis Nr. 20/3; ebd. Hann. 171 Hildesheim Acc. 44/89 Nr. 6.

⁴⁴ NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 288 f.

waren die Hoffnungen darauf nicht, denn in den Jahren 1918/19 waren Neugliederungsvorstellungen weit verbreitet. Neben dem preußischen Staat sollten schließlich jedoch alle maßgeblichen politischen Parteien die Vorabstimmung ablehnen, wenngleich auch aus unterschiedlichen Gründen.⁴⁵ Die Mehrheits-SPD stand den Bestrebungen – übrigens als einzige Partei von Anfang an – ablehnend gegenüber, weil sie den Föderalismus als Kennzeichen des Feudalismus für überholt hielt und den Einheitsstaat propagierte. Zudem stellte das grundsätzliche Bekenntnis der DHP zur Monarchie für die Sozialdemokraten einen nachhaltigen Beweis für den reaktionären Charakter der Welfenpartei dar.⁴⁶

Damit saß die SPD – ob gewollt oder ungewollt – in einem Boot mit der Deutsch-völkischen Freiheitspartei (DVFP), die im Reichstag eine gemeinsame Gruppe mit den Abgeordneten der verbotenen NSDAP bildete. Diese erstrebte *den völkischen Staat auf der Grundlage des Bismarck'schen Reiches. Die geschichtlich gewordene Vormachtstellung Preußens in Verbindung mit der Betonung des völkisch-rassischen Aufbaues des völkischen Staates muß das Fundament des neuen Deutschlands sein.* Was die Anhänger dieser Partei von den hannoverschen Abstimmungsplänen hielten, muss wohl nicht näher dargelegt werden.⁴⁷

Die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) hatte 1919/20 noch durchaus Sympathien für die Bildung eines Landes Hannover aufgebracht. Am 10. Januar 1919 sprachen sich verschiedene DVP-Abgeordnete für die Errichtung einer Republik Hannover aus, welche aber größer sein sollte als die derzeitige preußische Provinz. Wenige Jahre später jedoch war die Stimmung vollständig gekippt. 1924 gehörte die DVP zu den schärfsten Gegnern der Vorabstimmung. Die Partei hatte sich vollständig auf die Linie des Oberpräsidenten Noske eingelassen und wirkte vor Ort insbesondere durch ihr Organ, den »Hannoverschen Kurier«, intensiv auf die öffentliche Meinung ein.⁴⁸

Die katholische Zentrumspartei hatte sich am 26. Februar 1920 für die Durchführung einer Abstimmung gemäß Art. 18 der Reichsverfassung ausgesprochen. Nunmehr lehnte die Partei eine Vorabstimmung auch weiterhin zwar nicht grundsätzlich ab, stand ihr aber im Frühling 1924 doch kritisch gegenüber. Anfang Mai 1924 empfahl die Partei ihrer Anhängerschaft, mit Nein zu stimmen oder an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Damit versagte gerade die

45 NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 47–62 und S. 106–114.

46 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 206; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 296–300; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 305 und S. 343 f.

47 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 195: Artikel des DVFP-Reichstagsabgeordneten Reinhold Wulle im Hannoverschen Kurier vom 11. Mai 1924; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 305 f.; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 342 f.

48 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 205; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 295 f.; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 289–291.

Partei, auf welche die DHP am meisten gesetzt hatte, dem Projekt ihre Unterstützung. Die ehemalige Verbündete der DHP machte aber deutlich, dass nicht das Unabhängigkeitsstreben der Hannoveraner unangebracht sei, sondern mit Blick auf die Ruhrbesetzung der Zeitpunkt der falsche sei. Weiter dürften die gleichzeitige Regierungsbeteiligung des Zentrums sowohl im Reich als auch in Preußen und der Umstand, dass das Gewicht der Partei in einem hannoverschen Landtag mit Blick auf die Konfessionsverteilung vermutlich nur gering gewesen wäre, die ablehnende Haltung verstärkt haben. Eine Zentrums-Gruppe um den hannoverschen Pastor Wilhelm Maxen trat zumindest dafür ein, die Vorabstimmung als Ausdruck der freien Meinungsäußerung zuzulassen.⁴⁹

Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) konnte sich im Jahr 1919 zwar die Bildung eines Landes Niedersachsen durchaus vorstellen, verwarnte sich jedoch schon hier ausdrücklich gegen die monarchistischen Tendenzen innerhalb der DHP. Die schwierige innen- und außenpolitische Lage des Jahres taten ihr Übriges, um die DDP vollständig in das Lager der Abstimmungsgegner zu führen. Im Frühjahr 1924 empfahl die Partei ihren Anhängern, der Abstimmung fernzubleiben.⁵⁰

Selbst Anhänger der konservativen, ganz in der Bismarck-Tradition stehenden Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die sich eigentlich ein Wiedererstarken Deutschlands gar nicht anders als nur von einem möglichst starken Preußen ausgehend vorstellen konnte, hatten 1919 unter dem Eindruck der Spartakistenunruhen in Berlin mit einer Abspaltung von Preußen geliebäugelt, waren aber schon bald zum Kampf gegen die deutsch-hannoverschen Bestrebungen zurückgekehrt. Ausgerechnet auf dem Reichsparteitag 1920 in Hannover propagierte die Partei die Unversehrtheit Preußens als Garantie für den Erhalt des Reiches. Der Dresdener DNVP-Politiker Max Maurenbrecher wies am 23. November 1920 darauf hin, dass *jede Schwächung Preussens [...] dem Kriegswillen unserer Gegner entspräche und deshalb im Interesse der staatlichen Wiedererstarkung unter allen Umständen zu vermeiden* sei. Christoph Quaet-Faslem führte in seiner auf Veranlassung der DNVP erstellten Schrift »Hannover einst und jetzt« (1922) anhand eines umfassenden *Quellenmaterials politisch, kulturell und geschichtlich den Beweis für die Notwendigkeit des Verbleibens Hannovers im preußischen Staatsverbande*.⁵¹

49 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 194; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 302f.; HAASE, Studien, wie Anm. 12, S. 86; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 57f. und S. 293-295.

50 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 202; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 301; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 58-60, S. 288f. und S. 295-304.

51 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 192; ebd. V.V.P. 17 Nr. 204; NLA HA Dienstbibliothek, 1176; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 254-256 und S. 304f.; NEUMANN, Politischer Regio-

Alle gemeinsam befürchteten einen Domino-Effekt, wenn das Abstimmungsprojekt in Hannover Erfolg haben würde: *Gerade die Zertrümmerung Preußens* – so war im Steglitzer Anzeiger vom 8. Mai 1924 zu lesen –

wäre die schwerste Gefahr, die für den Bestand des Reiches überhaupt heraufbeschworen werden könnte. Was es heißen würde, wenn in der heutigen Zeit sich nach Hannover auch Rheinland-Westfalen, Ostpreußen, Schleswig-Holstein selbstständig machen würden – und mit Sicherheit würden dahingehende Schritte dieser Provinzen nach einem hannoverschen Erfolg zu erwarten sein – darüber sollte sich in der Tat kein Deutscher mehr im unklaren sein.⁵²

Insbesondere Reichsinnenminister Karl Jarres (DVP), aber auch Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) agiterten aus diesem Grund während des Reichstagswahlkampfes im Frühjahr 1924 gegen die Vorabstimmung.

Die politischen Parteien teilten die Ansicht des preußischen Staates: Eine Abspaltung Hannovers schwäche Preußen, jede Schwächung Preußens schade dem Reich und sei im Sinne der Kriegsgegner. Die 1919/20 durchaus vorhanden gewesene Unterstützung des DHP-Projekts durch andere Parteien war 1923/24 vollständig geschwunden.⁵³ Auch von höchst prominenter Seite wurde vor den deutsch-hannoverschen Bestrebungen gewarnt: Die Abstimmungsgegner konnten auf Plakaten im Format 50 × 40 cm im Faksimile eine handschriftliche Stellungnahme des in Hannover im Ruhestand lebenden kaiserlichen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg veröffentlichen, in welcher von Hindenburg Preußen als das *Rückgrat Deutschlands* bezeichnete. *Wer die Noth der Jetzzeit dazu ausnutzen will, Preußen zu schwächen, vergeht sich daher am ganzen deutschen Vaterlande.*⁵⁴

Die Agitation der Abstimmungsgegner

Der Ton der v.a. in öffentlichen Versammlungen und in der Tagespresse geführten Agitation war nicht rauh, er war roh. Völlig ungehemmt wurde von beiden Seiten Geschichtsklitterung betrieben, nicht belegbare Behauptungen wurden aufgestellt, der Gegner persönlich in ehrabschneidender Weise beleidigt und verunglimpft. Dabei war die »Berichterstattung« oftmals mehr

nationalismus, wie Anm. 13, S. 291-293; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 371; STEINWASCHER, Politik und Gesellschaft, wie Anm. 25, S. 65f.

52 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 194: Steglitzer Anzeiger vom 8. Mai 1924.

53 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 198 und Nr. 200; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 323; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 337.

54 NLA HA Hann. 310 III Nr. 94 fol. 4.

als nur fadenscheinig. In der Niederdeutschen Zeitung etwa – um nur eine Stellungnahme einem historischen Faktencheck zu unterziehen – behauptete der deutsch-nationale Lehrer Wolf aus Bremerhaven, man habe zur Zeit der Welfenfürsten den Sitz ihres größten Ahnherrn, Heinrichs des Löwen, [...] verkommen lassen, sie hätten 1819 den Dom zu Goslar, ein unersetzblich altehrwürdiges Baudenkmal, [...] niederreißen lassen, um die Ausbesserungskosten zu sparen. Der Goslarer Dom war beim Übergang an Hannover im Jahr 1815 schon so baufällig, dass eine Rettung allerdings nicht mehr möglich schien. Die Unrichtigkeit der Aussage Wolfs, Hannover sei 1815 durch englischen Einfluß so vergrößert wie kein anderes Land in Deutschland, zeigt ein einziger Blick auf die territorialen Zugewinne Preußens und Österreichs in dieser Zeit. Und schließlich sollte zu allem Überfluss Preußen im Jahr 1866 von Österreich, Hannover und deren anderen Verbündeten auch noch ein Verteidigungskrieg aufgezwungen worden sein.⁵⁵

Auch die Presse in nichtpreußischen Gebieten des Reiches fühlte sich berufen, Stellung zu der Abstimmungsfrage zu nehmen und diese in der Regel abzulehnen. Die Hamburgischen Nachrichten sprachen am 5. November 1922 von *welfischen Hetzern und Wühlern* und lobten *das treue Festhalten der erdrückenden Mehrheit der Hannoveraner an Preußen, dem Hannover so viel verdanke*.⁵⁶ Die Schaumburg-Lippische Landeszeitung stellte retrospektiv am 15. Mai 1925 fest: *Der hannoversche Separatismus ist also nur zum Teil eine volksstämmische Bewegung und lediglich aus dem historischen Romantizismus, gepaart mit niedersächsischer Eigenbrödelei, zu erklären*. Weiter war der Berichterstatter der Ansicht, die Welfen seien an England durch Verwandtschaft geknüpft und hätten stets ihre seit Heinrich dem Löwen festgelegte Politik getrieben, gegen ein deutsches Kaisertum zu arbeiten. Und um die unhistorische Darstellung komplexer Zusammenhänge auf eine Spitze zu treiben, wird der hochmittelalterliche Machtkampf der Welfen gegen die Staufer um die Kaiserkrone auf die Formel: *Welf gegen Waibling, Territorialgewalt gegen Reichsgewalt* gebracht, die DHP mit diesem Vergleich zum Reichsfeind gestempelt. Der Artikel schließt mit den Worten *Ein Zergstaat aber wird verderren*. Der Autor dieses Artikels in der Schaumburg-Lippischen Landeszeitung scheint über einigen Humor verfügt zu haben, war Schaumburg-Lippe doch ein Freistaat von 340 km² Fläche – im übrigen Deutschland hieß ein Gebilde solcher Größe Landkreis.⁵⁷

Besonders bitter musste in den Ohren der DHP-Akteure die durch nichts belegte, aber immer wiederkehrende Unterstellung klingen, man diene sich

55 StadtA H 4.SGS. o.J. Nr. 661.

56 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 190.

57 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 193.

den »Feinden« – Frankreich und Großbritannien – an, um ein eigenständiges Hannover notfalls mit deren Hilfe zu erreichen. Der DNVP-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Laverrentz etwa fabulierte ominös von *im Hannoverlande wirkenden englischen Geldern*. Angeblich sollten Verbindungen noch aus der Zeit der hannoversch-englischen Personalunion (1714–1837) überdauert haben, welche nun gegen deutsche Interessen arbeiteten. Vehement musste sich die DHP auch des von DVP und DNVP erhobenen Vorwurfs erwehren, sie strebe – ähnlich wie ein Teil der rheinischen Separatisten und der pfälzischen Autonomen – ein Ausscheiden Hannovers aus dem Reichsverband an.⁵⁸

Vor allem beklagte man seitens der Partei die Diffamierung durch in der Pressestelle des Oberpräsidenten hergestellte Flugblätter. Drei in großer Zahl verbreitete Flugblätter zeigen dabei die gegen die Abstimmungsbefürworter erhobenen Hauptvorwürfe – Monarchismus, Partikularismus, Separatismus – besonders deutlich auf. Das noch *am Tage vor der Vorabstimmung [...] im Auftrage der Deutschen Volkspartei* in großen Mengen öffentlich auf den Straßen verteilte *infame Franzosenflugblatt* zeigt den deutschen Michel als Abstimmungsbefürworter, der von einem als der französische Staatspräsident Raymond Poincaré zu identifizierenden Offizier umarmt wird, welcher ihm den Artikel 18 der Verfassung zeigt und ihn auffordert: *Tu mir den Gefallen!* Das zweite Flugblatt zeigt einen Mann, der mit einem mächtigen Hammer im Raum Hannover einen Keil mit der Aufschrift »Art. 18« in die deutsche Landkarte schlägt, wodurch Risse durch das ganze westliche und südliche Reichsgebiet entstehen. Das Blatt trägt den Schriftzug *Wer welfisch stimmt, sprengt das Reich!*. Das dritte Flugblatt zeigt einen Deutsch-Hannoveraner mit dem Artikel 18 in der Hand; hinter einem Vorhang lugt schon ein König (= der abgedankte Herzog Ernst August von Braunschweig) mit Szepter und Krone in Wartestellung hervor. Die DHP wird hier als *Schermacher für das welfische Königsreich* dargestellt.⁵⁹

⁵⁸ NLA HA V.V.P. 17 Nr. 192. NOSKE, Erlebtes, wie Anm. 38, S. 261f. erhebt noch 1934/35 den Vorwurf des Separatismus. BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 366, S. 381 und S. 418, der von welfischen Unterstützungsgesuchen in England und Frankreich berichtet, ist offensichtlich noch über 50 Jahre später der Propaganda der Abstimmungsgegner aufgesessen.

⁵⁹ NLA HA Hann. 173 Acc. 30/87 Nr. 1061: Schreiben des Magistratssekretär a.D. P. Wendte, Hannover, an das Preußische Justizministerium vom 3. Juni 1924; hier auch das Zitat. PRILOP, Vorabstimmung, S. 322f.: »Besonders unfein waren die Flugblätter gehalten, die von dem Zeichner Rüsch angefertigt waren«. NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 636 Anm. 380 erwähnt nur die ersten beiden Flugblätter. Der französische Staatspräsident Poincaré trug zur schrittweisen Eskalation der europäischen Politik im Vorfeld des Ersten Weltkriegs maßgeblich bei und war nach dem Krieg als Leiter der Reparationskommission für die Ruhrbesetzung 1923/24 verantwortlich. Siehe Abb. 2 und Abb. 4.



Abb. 2: Flugblatt »Tu mir den Gefallen«. Karikatur von H. Rüsch (1924).
StadtA H 4.SGS.01 Nr. 661

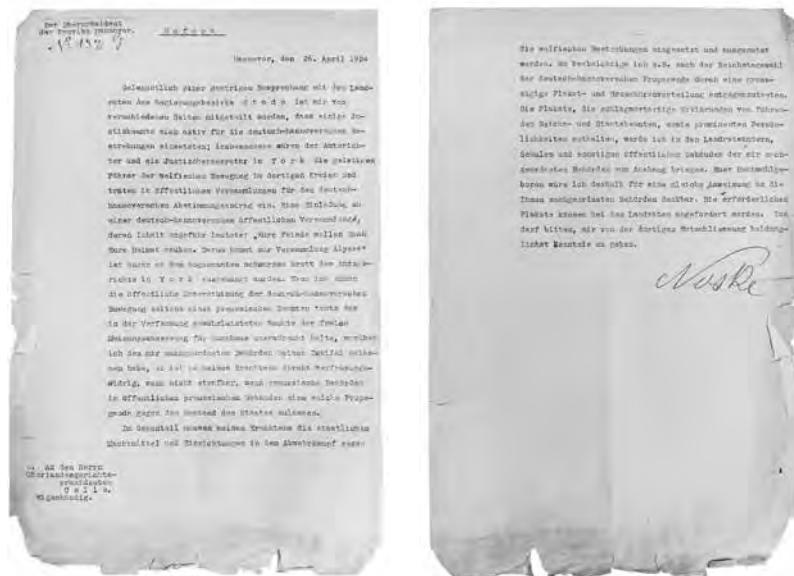


Abb. 3: Unter Umgehung des Preußischen Justizministers fordert Oberpräsident Gustav Noske den Oberlandesgerichtspräsidenten Otto Meyer in Celle auf, die Justizbehörden der Provinz anzuweisen, in ihren Dienstgebäuden antiwelfische Plakate usw. auszuhängen. 26. April 1924. NLA HA Hann. 173 Acc. 30/87 Nr. 1061

Das Werben der Deutsch-Hannoverschen Partei für die Abstimmung

Die deutsch-hannoversche Agitation war zwar etwas weniger aggressiv, schoss aber doch auch regelmäßig deutlich über das Ziel hinaus, wenn etwa das Vorgehen des Oberpräsidenten gegen die Abstimmungsbefürworter mit der Bismarck'schen Sozialistengesetzgebung der 1870er und 1880er Jahre verglichen wurde. Auf einem Flugblatt der DHP springt das weiße Niedersachsenross über eine schwarz-weiß markierte Barriere auf die mit gelb-weißen Fahnen geschmückte Stadtsilhouette Hannovers zu; der mit einem Adler gekrönte schwarz-weiße Grenzpfahl ist zerbrochen.⁶⁰ Ein anderes deutsch-hannoversches Flugblatt zeigt ein Trampeltier mit der Unterschrift *Ich bleibe am 18. Mai zu Hause, Noske hat's gesagt, Schuster auch!*⁶¹

60 StadtA H 4.SGS. o1 Nr. 661; siehe Abb. 5. Ein Versehen ist dem Zeichner dabei offen-
sichtlich unterlaufen: Bei dem Adler auf dem Grenzpfahl handelt es sich definitiv nicht um
den preußischen Adler, sondern um den kaiserlichen Reichsadler.

61 StadtA H 4.SGS. o1 Nr. 661; siehe Abb. 6. Mit »Schuster« ist wahrscheinlich der
hannoversche Studienrat und DVP-Politiker Hermann Schuster (1874-1965) gemeint. Vgl.



Der Schriftmacher für das welfische Königsreich

Abb. 4: Flugblatt »Der Schriftmacher für das welfische Königsreich«.
Karikatur von H. Rüsch (1924). NLA HA V.V.P. 17 Nr. 200

Propagandistisch wurde die These vertreten, Preußen sei ein Raubstaat, der auf Grund seiner Macht das Recht mit Füßen trete. Von der Vergewaltigung durch die *Berliner Zentrale der Einheitsrepublik* war auf Plakaten die Rede, von der Beseitigung der *Selbständigkeit der deutschen Stämme* und damit der *Grundlage der reichen Mannigfaltigkeit des deutschen Kulturlebens* zu Gunsten einer unverständigen mechanischen *Gleichmacherei*, die das »rote Berlin« anstrebe. Mit der Aussage *Preußische Annexionslust und Zentralisationswut sind jetzt das Unglück Deutschlands geworden* wies man außerdem der Hohenzollernmonarchie Anteil am unglücklichen Ausgang des Weltkriegs zu. Die Steuerleistung der Provinz Hannover in Höhe von 50 bis 70 Millionen Mark wurde als *Tribut an unsere Berliner Unterdrücker* charakterisiert.⁶²

Insbesondere der in Zeven erscheinende Nordhannoversche Landesbote – neben der Hannoverschen Landeszeitung das wichtigste Organ der DHP –

Beatrix HERLEMANN, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945, Hannover 2004, S. 333.

62 StadtA H 4.SGS. o1 Nr. 661.



Abb. 5: Plakat »Los von Preussen«. Karikatur von H. B. (1924).
StadtA H 4.SGS.01 Nr. 661

verrannte sich in mancher Berichterstattung. Mit der undifferenzierten Aussage in der Ausgabe vom 15. Mai 1924, die breite Front der Gegner im Weltkrieg sei *einzig und allein dem Raubsystem und hohlen, arroganten Parvenüton des ostelbischen Mischvolks* anzulasten, war voraussehbarweise keine Unterstützung zu gewinnen. Ein Beitrag in der Ausgabe vom 3. Mai 1924 verglich den hannoverschen Abstimmungskampf mit dem Freiheitskampf der Schweizer um 1300. Der Legende nach soll in diesem Zusammenhang Wilhelm Tell den habsburgischen Landvogt Geßler aus einem Hinterhalt heraus getötet haben. Das Blatt verstieg sich zu der Aussage: *Setzt Noske für Geßler* und bot damit der Gegenseite die willkommene Schlagzeile, man habe dazu aufgefordert, Noske zu ermorden.⁶³ Unmittelbar vor der Abstimmung veröffentlichte die DHP noch ein Flugblatt *Wer ist Gustav Noske*, mit welchem sie darauf hinwies, Noske habe *schon einmal die heiligsten Interessen der Arbeiterschaft an die preussische Reaktion verraten* – ein vergeblicher Versuch, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zur Stimmabgabe für die Abstimmung zu bewegen.⁶⁴

63 StadtA H 4.SGS.01 Nr. 661: Flugblatt nicht genannter Abstimmungsgegner; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 401-402.

64 NLA HA Hann. 310 III Nr. 116 fol. 268.



Abb. 6: Flugblatt »Ich bleibe am 18. Mai zu Hause«, Karikatur (1924).
StadtA H 4.SGS.01 Nr. 661

Das Ergebnis der Vorabstimmung vom 18. Mai 1924

Mit einem Scheitern hatten die deutsch-hannoverschen Agitatoren vielleicht gerechnet; das Ergebnis der Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 war allerdings doch mehr als ernüchternd.⁶⁵ Nur 31,4 Prozent der Stimmberechtigten – 533.500 von rund 1.765.000 – hatten überhaupt von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. 449.533 Abstimmende = 25,5 Prozent hatten mit Ja gestimmt. 588.334 Stimmen wären mindestens erforderlich gewesen; es fehlten also 138.801 Ja-Stimmen, um die Abstimmung überhaupt durchführen zu dürfen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung der Provinz Hannover war der Empfehlung der Abstimmungsgegner gefolgt – und zuhause geblieben. Eine nähere Analyse zeigt, dass die erforderlichen 33 Prozent an Ja-Stimmen nur im Regierungsbezirk Lüneburg beinahe erreicht wurden. Hier hatte die DHP die meisten Unterstützer mobilisieren können: Gut 42 Prozent der Stimmberech-

⁶⁵ Henning K. MÜLLER/Michael EHRHARDT, Demokratie zwischen Monarchie und Diktatur: Politische Vielfalt in der Zeit der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Norbert FISCHER/Michael EHRHARDT (Hrsg.), Geschichte des Landes zwischen Elbe und Weser, Bd. 4: Von preußischer Zeit bis ins frühe 21. Jahrhundert, Stade 2023, S. 377-484, hier S. 417 sprechen nicht unbegründet von einem »Desaster«.

tigten waren am 18. Mai in die Wahllokale gegangen; 32,2 Prozent hatten für die Bildung eines eigenständigen Landes Hannover votiert. In den Regierungsbezirken Hannover (27,3 Prozent) und Stade (26,3 Prozent) wurde diese Marke um einige Prozentpunkte, im Regierungsbezirk Hildesheim (22,8 Prozent) doch schon deutlich verfehlt. Am schlechtesten war das Ergebnis im Regierungsbezirk Osnabrück, wo mit nur 17 Prozent Beteiligung und nur 14,3 Prozent Ja-Stimmen das Votum gegen die Abstimmung ganz eindeutig war.⁶⁶

Einige wenige Einzelergebnisse aus den Landkreisen seien näher betrachtet: In Stadt und Landkreis Burgdorf gaben 14.397 von 32.839 Abstimmungsberechtigten und damit knapp 44 Prozent ihre Stimme ab. Die ganz überwiegende Mehrzahl – 12.009 = knapp 37 Prozent der Stimmberrechtigten – stimmte mit Ja, 2.388 mit Nein. In der Stadt Burgdorf wurde keine einzige Nein-Stimme abgegeben. Auch im Landkreis Springe erreichte die DHP ein außerordentlich gutes Ergebnis, wenn mit 7.872 von 15.426 Abstimmungsberechtigten gut 50 Prozent der Stimmberrechtigten an der Abstimmung teilnahmen und 6.322 Ja-Stimmen = 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten – nur 1.550 Nein-Stimmen gegenüberstanden. Die altwelfischen Landkreise Burgdorf und Springe gehören allerdings zu den wenigen Kreisen, bei denen die Abstimmungsbefürworter außerordentlich gute Ergebnisse erzielten.⁶⁷

Im katholisch geprägten Landkreis Hümmeling im Regierungsbezirk Osnabrück hingegen waren nur 749 von 11.379 Abstimmungsberechtigten – knapp sieben Prozent – zur Stimmabgabe erschienen. Das deutliche Ergebnis von 653 Ja-Stimmen zu nur 96 Nein-Stimmen war angesichts des Umstands, dass für einen aus der Sicht der Abstimmungsbefürworter positiven Ausgang 3.140 Stimmen fehlten, irrelevant. Nur 8.702 – keine 24 Prozent – der Stimmberrechtigten in der Stadt Hildesheim gaben ihre Stimme ab; die 8.112 Ja-Stimmen machten nur gut 21 Prozent der Stimmberrechtigten aus. In der Stadt Hannover machten nur 26 Prozent der gut 290.000 Stimmberrechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. 67.815 Ja-Stimmen standen 11.930 Nein-Stimmen gegenüber.

Damit hatte sich die Zahl im Vergleich zu den 38.932 Stimmen, die bei der Reichstagswahl zwei Wochen zuvor für die DHP abgegeben worden waren, zwar beträchtlich vermehrt, so dass u. a. davon auszugehen ist, dass die Agitation des Pastors Maxen etliche Zentrumsanhänger dazu bewegt hatte, für die Abstimmung zu votieren.⁶⁸ Insgesamt aber hatten sich nur 23 Prozent aller

66 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 326-328 und S. 454-456. Unzureichende Beschreibung bei BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 398 f. sowie 2 S. 168 Anm. 302, die den Regierungsbezirk mit dem besten Ergebnis für die DHP nahezu vollständig unterschlägt.

67 StadtA H 4.SGS. or Nr. 1132.

68 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 194; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 302 f.; HAASE, Studien, wie Anm. 12, S. 86 f.; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 57 f. und S. 293-295.

Stimmberchtigten für die Durchführung der Volksabstimmung ausgesprochen. Auffällig ist die vergleichsweise sehr hohe Zahl der Nein-Stimmen (11.980), die in der Stadt zu verzeichnen war; insbesondere die Arbeiterschaft im roten Linden war offenbar der Abstimmung nicht etwa ferngeblieben, sondern hatte sich aktiv zum sozialdemokratisch regierten Freistaat Preußen bekannt.⁶⁹

Den Grund für das Scheitern des DHP-Antrags allein in dem Umstand zu sehen, dass Oberpräsident Noske die geballte Macht des preußischen Staates gegen die Vorabstimmung mobilisiert hatte, wäre zu einfach. Vielmehr muss man wohl attestieren, dass die Bevölkerungsmehrheit beim preußischen Staat bleiben wollte – oder dass ihr diese Frage schlicht egal war. Die DHP hatte den Stellenwert, den die Bevölkerung dem Neugliederungsgedanken beimaß, offensichtlich überschätzt. Es war der Partei nicht gelungen, die Abstimmung über die Bildung eines Landes Hannover zur »Volkssache« zu machen.⁷⁰

Auch waren die personellen und finanziellen Möglichkeiten der DHP begrenzt. Die vergleichsweise wenig ausgeprägte, lockere Organisationsform der Partei machte sich äußerst negativ bemerkbar. Insbesondere im Regierungsbezirk Osnabrück fand die Agitation nur in sehr stark reduzierter Form statt. Der DHP-Funktionär von Clausbruch aus Osnabrück sprach grundsätzliche Probleme an, wenn er am 9. Mai 1924 klagte:

Es fehlt überall an Aufklärung, die durch Versammlungen allein bei den meist weit zerstreut und einsam liegenden Gehöften nicht möglich ist. Unsere Vertrauensleute sind zum großen Teil keine sehr überzeugenden Redner, die persönlich mündliche Propaganda machen können, auch fehlt es ihnen dazu an Zeit. Sie verlangen dringend nach Propaganda-Material, Schriften und Plakaten, die trotz dauernder Bestellungen von Hannover nicht zu bekommen wären. Plakate von uns sieht man auf dem Lande nirgends.⁷¹

Die Hannoversche Landeszeitung – so klagte von Clausbruch weiter – *habe ich noch in keiner Gastwirtschaft vorgefunden, selbst da nicht, wo die Gastwirte sich zu uns zählen [...] Man liest hier auf dem Lande die kleinen örtlichen Käseblättchen. Von unserer Sache kommt natürlich kaum etwas hinein.* Letztlich verpuffte die den zahlreichen Zentrumswählern im Regierungsbezirk Osnabrück in Erinnerung gerufene erfolgreiche Zusammenarbeit der DHP mit der von Ludwig

69 Ebd.

70 NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 345 f. und S. 369.

71 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 195: Bericht von Clausbruchs, Osnabrück, an die Zentrale Nachrichten-Abteilung der DHP vom 9. Mai 1924; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 346.

Windthorst geführten Zentrumspartei in der Bismarck-Ära völlig; die Zeiten waren andere, das Zentrum war Regierungspartei geworden.⁷²

Eine weitere große Schwäche der DHP-Agitation bestand darin, dass überhaupt nicht klar war, worauf die Partei eigentlich hinauswollte. Man beteuerte, das Ziel sei nur die Loslösung von Preußen, das neu zu bildende Land sollte selbstverständlich im Reichsverband verbleiben. Was aber dann? Wollte man die Bildung eines Freistaats in den Grenzen der bisherigen Provinz? Eine Wiederherstellung des Königreichs mitsamt einem Vertreter des Welfenhauses als König? Ein als Niedersachsen bezeichnetes, um die Nachbargebiete vergrößertes Hannover? Die Partei blieb Antworten auf diese Fragen schuldig. Die Parteilinie, diese Fragen erst klären zu wollen, wenn man die Unabhängigkeit von Preußen erreicht habe, erwies sich als großer strategischer Fehler. Allein schon die offene Frage der Staatsform eines künftigen Landes Hannover – die Richtlinien vom Februar 1920 versuchten auf unbefriedigende Weise den Spagat zwischen Monarchie und Republik – verunmöglichte der hannoverschen Sozialdemokratie von vornherein jedwede Unterstützung des Vorhabens; nicht nur der hannoversche Oberbürgermeister Leinert sah die Gefahr der Wiederherstellung eines welfischen Junkerstaates heraufdämmern.⁷³

Das Verweigern einer konkreten Antwort auf diese Frage brachte die DHP auch um die Sympathien des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei. Den Abstimmungsgegnern aber bot das Lavieren der DHP in der Frage der Staatsform die willkommene Basis für ihr Flugblatt über den *Schrittmacher für das welfische Königsreich*, dem die DHP-Agitatoren nicht überzeugend zu widersprechen vermochten. »Der Mißerfolg in der Vorabstimmung« – so stellt Neumann fest – »war zunächst und v. a. ein Scheitern an den eigenen Widersprüchen und Ungereimtheiten.« Letztendlich war der Versuch, Befürworter über die klassische Wählerschaft der Partei hinaus zu mobilisieren, völlig misslungen.⁷⁴

Die Argumentation der Gegner der Abstimmung war deshalb ebenso simpel wie effektiv. Wäre eine Abspaltung Hannovers von Preußen erfolgreich, würden andere Provinzen diesem Beispiel folgen wollen. Damit lege man die Axt an die Wurzel des preußischen Staates, der doch nicht nur das Reich ge-

72 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 195: Bericht von Clausbruchs, Osnabrück, an die Zentrale Nachrichten-Abteilung der DHP vom 9. Mai 1924; Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Osnabrück, Slg 66 Nr. 443a H: Wahlauftruf an die Katholiken; ebd. Slg 66 Nr. 444 H: *Landsleute! Zweck der Volksabstimmung ist freie Selbstverwaltung Hannovers im Rahmen des deutschen Reiches, wie es unter anderem Bremen und Hamburg genießen. Erfüllt Ludwig Windthorsts Herzenswunsch und stimmt für die Gleichberechtigung und Freiheit der Heimat!*

73 NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 305–309.

74 PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 215–218; NEUMANN, Politischer Regionalismus, wie Anm. 13, S. 368.

schaffen habe, sondern auch sein Bewahrer sei. Eine Abspaltung Hannovers von Preußen sei also ganz im Sinne der Feinde Deutschlands. Außerdem sei Hannover schon jetzt eine Zuschussprovinz, ein eigenständiges Land Hannover wäre wirtschaftlich gar nicht lebensfähig. Die Agitation gipfelte in der auf dem bereits erwähnten, weit verbreiteten Flugblatt formulierten These: *Wer welfisch – somit gegen Preußen – stimmt, sprengt das Reich.* Letzten Endes waren wohl nicht nur die Machtmittel des preußischen Staates stärker, sondern auch die präziseren Thesen der Abstimmungsgegner überzeugender als die deutsch-hannoversche Propaganda. Den Agitatoren eines *freien Hannover* war es nicht gelungen, diese Frage von allgemeinen politischen Themen abzukoppeln. Erfolgreich hatten die Gegner die Vorabstimmung zur Entscheidung über Wohl und Wehe des Deutschen Reichs hochstilisiert.⁷⁵

Provinziallandtag und Wahlprüfungsgericht – die unmittelbaren Folgen der Vorabstimmung

Zwei Tage nach der Abstimmungsniederlage der Deutsch-Hannoveraner eröffnete Oberpräsident Noske den Provinziallandtag. Immerhin 29 der 110 Abgeordneten, denen der Oberpräsident gegenübertrat, gehörten der DHP an. In seiner Rede äußerte Noske kurz seine Genugtuung darüber, dass die Bevölkerung die Frage einer Abspaltung Hannovers von Preußen *in ihrer weit überwiegenden Mehrheit [...] erfreulicherweise nicht bejaht* habe.⁷⁶ Anschließend trug der DHP-Abgeordnete Eberhard Hagemann (1880-1958) aus Verden eine Erklärung seiner Partei vor, in welcher er die Rahmenbedingungen der Vorabstimmung bedauerte, durch welche die Agitation der Abstimmungsbefürworter stark behindert worden sei.⁷⁷

Daraufhin ergriff Noske abermals das Wort zu einer längeren – und v. a. lauten – Gegenerklärung, in der er mit scharfen Worten die Abstimmungsbefürworter geißelte. Er schloss mit der Erwartung, dass *das Verbitternde der letzten Monate [...] auf beiden Seiten vergessen werden möge.*⁷⁸ Anstatt versöhnliche Worte zu finden – diese Klage der Hannoverschen Landeszeitung vom 10. Juli 1924 ist zweifellos berechtigt –, stieß der Oberpräsident in eine *Siegesfanfare, vermischt mit neuen Beschimpfungen der Deutsch-Hannoverschen Partei.* Dem von vielen Seiten geäußerten Wunsch, dass sich die Situation in der Provinz

75 PRLOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 291-293.

76 Protokolle über die Verhandlungen des 58. Hannoverschen Provinziallandtags vom 20. bis einschließlich 24. Mai 1924, Hannover 1924, S. 1f.

77 Protokolle, wie Anm. 77, S. 4f.

78 Protokolle, wie Anm. 77, S. 5-14; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 400-404.

wieder beruhigen und innerer Frieden in ihr einziehen möge, erwies Noske damit einen Bären Dienst.⁷⁹

Wert legte der Oberpräsident auf die Feststellung, von staatlicher Seite sei *nicht der geringste Versuch gemacht worden, irgendeinen Menschen in seiner Freiheit der Abstimmung zu beeinflussen*, womit er wohl wissentlich nicht ganz bei der Wahrheit blieb. Am 26. April 1924 hatte der Oberpräsident persönlich den Oberlandesgerichtspräsidenten Meyer in Celle wissen lassen, er halte *schon die öffentliche Unterstützung der deutsch-hannoverschen Bewegung seitens eines preussischen Beamten trotz des in der Verfassung gewährleisteten Rechts der freien Meinungsäusserung für durchaus unerwünscht [...], worüber ich den mir nachgeordneten Behörden keinen Zweifel gelassen habe*. Der in Bad Münder lebende deutsch-hannoversche Lehrer und spätere Bundestagsabgeordnete Ernst August Farke (1895-1975) hatte Versammlungen des von Noske zur Verbreitung pro-borussischer Propaganda ins Leben gerufenen Vereins für Niedersächsische Wirtschaftsgeschichte gesprengt und wurde infolgedessen nach Pritzen in der Niederlausitz strafversetzt.⁸⁰

Die DHP, die sich mit einer nach ihrem Empfinden unfairen Agitation konfrontiert sah, legte Ende Mai 1924 beim Wahlprüfungsgericht am Reichstag Widerspruch gegen das Ergebnis der Vorabstimmung ein und bevollmächtigte am 2. Juni 1925 Hagemann, Justizrat Rathgen aus Hannover und den Reichstagsabgeordneten und Senatspräsidenten Hampe aus Braunschweig mit ihrer Vertretung beim Wahlprüfungsgericht. Der Widerspruch umfasste fünf Punkte: Der preußische Staat habe sehr erhebliche staatliche Geldmittel für die Gegenagitation aufgewendet. Zahlreiche Flugblätter und Broschüren, die z. T. den pressegesetzlichen Vorschriften widersprechen, seien unter Zuhilfenahme des Beamtenapparats verteilt und sogar in zahlreichen Gerichtsgebäuden aufgehängt worden. Äußerungen des Oberpräsidenten hätten bei Beamten die Befürchtung erweckt, dass schon eine Teilnahme an der Abstimmung sie in ihrer Existenz gefährden könnte. Geschäftsleute, Angestellte und Arbeiter seien direkt oder indirekt durch Befürchtung wirtschaftlicher Schäden eingeschüchtert worden. Ein Teil der abhängigen Presse habe die Aufnahme deutsch-hannoverscher Inserate abgelehnt, um den Status als Amtsblatt nicht zu gefährden. Dadurch habe der preußische Staat über das Maß des Zulässigen hinaus *das durch Artikel 18 der Reichsverfas-*

79 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 194; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 399 spricht von einer »Würdigung« der Haltung der Abstimmungsgegner und unterschlägt die Pöbeleien des Oberpräsidenten.

80 NLA HA Hann. 173 Acc. 30/87 Nr. 1061: Noske an Meyer; ebd. V.V.P. 17 Nr. 197: Hannoversche Landeszeitung vom 13. Dezember 1924; Barbara SIMON, Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994. Biographisches Handbuch, Hannover 1996, S. 54.

sung gewährleistete Volksrecht durch rücksichtsloseste Anwendung verfassungsmässiger aber auch willkürlicher Macht-Mittel vielfacher Art verletzt.⁸¹

Noske selbst hatte in einem Erlass vom 23. September 1924 den Spieß umgedreht und seine Behörden dazu aufgefordert, Beweismaterial für durch Gemeindevorsteher aus DHP-Reihen vorgenommene Nötigungen usw. zusammenzustellen. Und wie dann wohl nicht anders zu erwarten, wurde der Widerspruch am 8. Juni 1925 zurückgewiesen. Das aus Reichstagsabgeordneten und Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts gebildete Wahlprüfungsgericht hatte dem Staat die Rolle einer Partei im Abstimmungsverfahren zugebilligt; am Vorgehen des Oberpräsidenten und am Einsatz des Staatsapparats für die Agitation sah das Gremium nichts Verwerfliches. *In Verbindung mit der Art einiger Aeußerungen in der Verhandlung* – so berichtete der deutsch-hannoversche Rechtsanwalt Brüning von Alten nach Hannover – *habe ich den Eindruck gewonnen, dass zum Mindesten bei den Vorsitzenden die Entscheidung von vornherein feststand*. Dabei waren zwei der Beschwerdepunkte definitiv nicht aus der Luft gegriffen. Zumindest für die Einflussnahme auf die Beamtenschaft und die gegen Zeitungen gerichtete Androhung des Entzugs des Amtsblattcharakters lassen sich durchaus Beispiele beibringen; aber eben doch bei Weitem nicht in der von der DHP behaupteten Intensität.⁸² Die DHP jedenfalls fühlte sich auch vom Wahlprüfungsgericht schlecht behandelt – von Alten schrieb am 18. Juli 1925 an das Generalsekretariat der DHP: *Im übrigen habe ich mich über die Art und Weise, in der die durch langjährige politische Betätigung verdorbenen Richter die Sache behandelt haben, krank geärgert* – und kündigte an, das Ziel eines eigenständigen Landes Hannover unbeirrt weiterverfolgen zu wollen.⁸³

Der Niedergang der Deutsch-Hannoverschen Partei nach der Abstimmungsniederlage

Mit der gescheiterten Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 war allerdings die Kraft der Deutsch-Hannoverschen Partei erschöpft, auch ihre materiellen Mittel waren wohl verbraucht. Hatte die DHP bei der preußischen Landtagswahl 1921

81 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 195: Rechtsanwalt Brüning von Alten, Hannover bzw. Hemmingen, übersendet am 26. Mai 1924 dem Hofkammerrat Meyer in Hannover den Entwurf eines Widerspruchs, den Meyer an den Justizrat Rathgen in Hannover weiterleitet. Ausführlich NLA HA V.V.P. 17 Nr. 197; ebd. V.V.P. 17 Nr. 199 und Nr. 208.

82 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 193; ebd. V.V.P. 17 Nr. 195: Rechtsanwalt Brüning von Alten an das Direktorium der DHP vom 9. Juni 1925; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 328f.; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 412.

83 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 208.

in der Provinz Hannover noch 27,2 Prozent der Stimmen gewonnen, so erreichte sie bei der Landtagswahl im November 1924 nur noch 16,7 Prozent. Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 verlor die Partei im Hannoverschen im Vergleich zur Maiwahl 3,3 Prozent – in absoluten Zahlen mehr als 51.000 Stimmen.⁸⁴ Das hier einsetzende Abbröckeln der Hochburgen der Partei in Nord- und Ost-Hannover schlug sich natürlich auch auf ihre Gesamtergebnisse bei den folgenden Reichstags- und Landtagswahlen nieder. Das Wiedererstarken des monarchistischen Flügels der DHP – Prilop spricht vom »dynastischen Charakter« der Partei – nach der Abstimmungsniederlage tat sein Übriges. Bei der Landtagswahl in Preußen 1932 entschieden sich nur noch 3,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler in der Provinz Hannover (= 0,3 Prozent in ganz Preußen) für die DHP, die damit auch regional keine Macht mehr darstellte. Der Versuch bei der Reichstagswahl im November 1932, sich weit über Hannover und dessen unmittelbare Nachbargebiete hinaus bis ins Rheinland und nach Thüringen und Sachsen zu positionieren, litt besonders unter fehlenden personellen Kapazitäten – man konnte nicht einmal mehr in der Provinz Hannover flächendeckend auftreten – und konnte den Niedergang nicht aufhalten. Resigniert hatte sich nach der gescheiterten Vorabstimmung der katholische Teil der Anhänger – v.a. im Westen – dem Zentrum, der evangelische Teil – v.a. im Osten der Provinz – der DNVP, dann der NSDAP zugewandt.⁸⁵

Die stark gedämpfte politische Stimme der DHP war in der eigentlich erst nach der Stabilisierung der Verhältnisse in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre unter dem Stichwort der »Reichsreform« so recht an Fahrt aufnehmenden Debatte über die Neugliederung der deutschen Länder kaum noch zu hören.⁸⁶ Vor dem Hintergrund dieses Niedergangs erscheinen Überlegungen der DHP in den frühen 1930er Jahren, im Verbund mit DNVP und DVP – beide hatten die Vorabstimmung von 1924 auf das Heftigste bekämpft, vertraten nun aber agitatorisch die Parole des »Los vom roten Berlin« – eine erneute Volksabstimmung für das Jahr 1934 in die Wege zu leiten, als völlig illusorisch.⁸⁷

84 ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 14, S. 80 f.; Wolfgang GÜNTHER, Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54 (1982), S. 19–43, hier S. 40.

85 PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 335–340 und S. 356–360; HAASE, Studien, wie Anm. 12, S. 95–98; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 14, S. 81; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 422 f.; Dirk STEGMANN, Politische Radikalisierung in der Provinz. Lageberichte und Stärkemeldungen der Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthannover 1922–1933, Hannover 1999, S. 53–57; STEINWASCHER, Politik und Gesellschaft, wie Anm. 25, S. 68 f.

86 PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 345 f.

87 NLA HA V.V.P. 114 Acc. 2019/65 Nr. 1525; ebd. V.V.P. 17 Nr. 182, Nr. 207 und Nr. 445; HAASE, Studien, wie Anm. 12, S. 89 f.; BODE, Gustav Noske, wie Anm. 15, 1 S. 422 f.

Auch Avancen der ehemals stolzen, nun jedoch auch in ihren Hochburgen zur Splitterpartei verkommenen Welfenpartei an die neuen Machthaber nach der sogenannten »Machtübernahme« der NSDAP am 30. Januar 1933 verfingen nicht. Mit ihrer Selbstaflösung am 30. Juni 1933 kam die DPH einer Zwangsaflösung im Zug der »Gleichschaltung« zuvor.⁸⁸

Erst die nun errichtete NS-Diktatur sollte mit dem Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937 (Hannover, Oldenburg), der Vierten Verordnung über den Neuaufbau des Reichs vom 28. September 1939 (Bremen, Hannover) und der Verordnung über Gebietsbereinigungen im Raume der Hermann-Göring-Werke Salzgitter vom 25. Juni 1941 (Braunschweig, Hannover) tief in die zwar historisch gewachsene, zweifellos aber nicht mehr zeitgemäße staatliche Struktur Nordwestdeutschlands eingreifen, ohne allerdings die hannoverschen Träume von einem selbständigen Land zu erfüllen.⁸⁹ Dies sollte der britischen Militärregierung vorbehalten bleiben, die am 23. August 1946 die bisherige Provinz in ein selbständiges Land Hannover umwandelte – ein historisches Datum: Es war der 80. Jahrestag des Prager Friedens von 1866. Schon am 8. November 1946 verfügte die Militärregierung rückwirkend zum 1. November des Jahres die Vereinigung Hannovers mit den Nachbarländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zu einem neuen Land Niedersachsen. Mit dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 verschwand zudem der einst übermächtige Gegner, der verhasste preußische Staat, von der Landkarte.⁹⁰

88 NLA HA V.V.P. 17 Nr. 448; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 4, S. 360; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 14, S. 86 f.

89 Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen (Groß-Hamburg-Gesetz) vom 26. Januar 1937, in: Reichsgesetzblatt 1937 Teil I Nr. 11 S. 91-94; Vierte Verordnung über den Neuaufbau des Reichs vom 28. September 1939, in: Reichsgesetzblatt 1939 Teil I Nr. 204 S. 2041 f.; Verordnung über Gebietsbereinigungen im Raume der Hermann-Göring-Werke Salzgitter (Salzgitter-Gesetz) vom 25. Juni 1941, in: Reichsgesetzblatt 1941 Teil I Nr. 72 S. 357 f.; Hans Gottfried FIGGE, Gebietsveränderungen im Bereich des ehemaligen Landes Braunschweig von 1918 bis 1972, in: Braunschweigisches Jahrbuch 54 (1973), S. 249-257; GÜNTHER, Freistaat und Land Oldenburg, wie Anm. 24, S. 454-456.

90 Dietmar von REEKEN, Die Gründung des Landes Niedersachsen und die Regierung Kopf (1945-1955), in: STEINWASCHER, Geschichte Niedersachsens 5, wie Anm. 25, S. 625-681, hier S. 651 f.; Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland über die Auflösung des Staates Preußen, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 14, Berlin 1947, S. 262.